

Danziger Zeitung



Nr. 18941.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen.

1891.

Politische Uebersicht.

Danzig, 10. Juni.

Ein freiconservativer Politiker über die Zollsuspension.

Nach der Erklärung, welche der Reichskanzler v. Caprivi am 1. Juni über die Zollsuspension der Getreidezölle abgegeben hat, war es bekanntlich die „Arenztg.“, die mit bemerkenswerthem Scharfsinn es aussprach, daß die Freunde der Getreidezölle gar keine Ursache hätten, über die Caprivi'sche Erklärung sich zu freuen, weil dieselbe den Gegnern der Getreidezölle unerfreulich erscheine.

„Auch nach wiederholter sorgfältiger Prüfung der Gründe des Hrn. Reichskanzlers muß ich dabei bleiben, den Entschluß für einen Fehler zu halten oder zum wenigsten, wenn man wirklich den Hauptgrund für Hrn. v. Caprivi (die Rücksicht auf die Handelsverträge) für durchschlagend halten will, für ein uns vom Gesichtspunkte aus höchst ungünstiges Anzeichen.“

„Ein Staat kann Kornzölle auf eigene Hand machen und muß diese im Falle der Theuerung suspendiren. Das bestreiten auch die Agrarier nicht. Ein Staat kann aber nicht die Kornzölle bei Handelsverträgen als Compensationsobjecte benützen, wenn er ihnen nicht die Elasticität nimmt und ihnen eine gewisse stabile Härte giebt.“

Was Delbrücks gewiß sehr richtige Bemerkung anlangt, daß eine Suspension der Zölle auf acht Wochen dem Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn, in welchem eine Herabsetzung der Zölle für die Dauer von 12 Jahren verabredet ist, nicht gefährlich gewesen sein würde, so ist dabei freilich übersehen, daß Herr v. Caprivi eine solche Annahme auch gar nicht ausgesprochen hat. Im Gegentheil, der Reichskanzler erklärte, eine kurze Suspension sei deshalb nicht wünschenswerth, weil dieselbe den Brodpreis gar nicht oder nur ganz unwesentlich — um 1 Pfennig per Pfund herabdrücken würde.

suspendirt werden müssen, und das ist sehr richtig. In diesem Punkte ist Herr Delbrück aber anderer Ansicht als die sonstigen Freunde der Getreidezölle, die von einer Suspension bei hohen Preisen nichts wissen wollen.

Ob die Regierung bei dieser Entschließung das Richtige getroffen hat, wird in letzter Instanz von dem Ausfall der Ernte in Deutschland und in den Produktionsländern abhängen und dabei werden nicht sachverständige Gutachten, sondern die Witterungseinflüsse die Hauptrolle spielen.

Was aber auch die gegenwärtige Lage gebieten, was auch die Witterung uns bringen möge: Die Grundforderung wird und muß bis zur völligen Erreichung des Zieles auch fernerhin heißen: Fort mit den Brodzölle überhaupt!

Das Scheitern des Wildschadengesetzes. Die Verständigung über das Wildschadengesetz, welches am Freitag zur Berathung im Abgeordnetenhaus kommen soll, ist, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, gescheitert. Bekanntlich war der vom Abgeordnetenhaus beschlossene Entwurf von dem nicht agrarischen Theil des Centrums unter Führung des Abg. Conrad beantragt worden.

Die „Nord. Allg. Ztg.“ schreibt: Die Dauer der am heutigen Tage im Reichsamt des Innern zusammengetretenen Handwerker-Conferenz ist auf 8 Tage berechnet. Seitens der Regierung sind die 21 Handwerkervertreter (darunter die bekannten Zünftler Biehl-München, Fajfhauer-Röln, Ed. Schmidt-Hamburg) widerspruchslos angenommen worden.

Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht eine Verordnung des Gesamtministeriums vom 8. d. M., durch welche die für die Gerichtsprengel Wien, Aorneuburg und Wiener Neustadt im Jahre 1884 getroffenen Ausnahmeverfügungen mit dem gestrigen Tage theilweise aufgehoben worden sind.

Zum Strike der Londoner Omnibus-Ausfahrer geht uns aus London vom 8. Juni folgende nähere Schilderung zu: „Tiefe Stille, unheimliche, fast tragische Ruhe herrschte heute Morgen in den Straßen der englischen Metropole, in welcher sonst ein in der ganzen Welt nicht übertrroffener Riesenverkehr pulst.“

die Pferde zu tränken und zu füttern — ein menschlicher Zug, welcher, wenn das überhaupt noch möglich wäre, den Angestellten der Gesellschaft die Sympathie des großen Publikums in noch höherem Maße zuführen. Ein Viertel nach 9 Uhr entstand im Strand lebhafteste Aufregung, als ein Omnibus der Generalomnibusgesellschaft in der Entfernung auftauchte.

Die zuletzt ausgedrückte Erwartung ist indessen unerfüllt geblieben. Einer telegraphischen Meldung von gestern zufolge verhalten sich die ausländigen Omnibusbedienten den Vergleichsvorschlägen der Gesellschaftsdirection gegenüber ablehnend und sind gewillt, den Strike fortzusetzen.

Der Fortbestand der französischen Ausstellung in Moskau

wurde durch die Flucht des Pariser Bankiers Jouanno, der die Ausstellung finanziert hatte, in Frage gestellt. Jetzt ist indessen, wie die „Frankf. Ztg.“ meldet, den Finanzen der Ausstellung durch einen neuen, vom Senator Teisserenc de Bort gesammelten Garantiefonds aufgehoben worden.

Berkau der portugiesischen Colonien.

Der Lissaboner Correspondent der „Morning Post“ erzählt, daß ein Mitglied der Cortes beabsichtigt, den Verkauf sämtlicher portugiesischer Colonien mit Ausnahme der Angola-Inseln St. Thomé, Principe und Cap Verdé zu beantragen. Der für die Colonien Mozambique, Guinea, Goa, Macour und Timor erzielte Erlös müßte nach Ansicht des antragstellenden Abgeordneten zur Amortisation der Staatsschuld benutzt werden.

Nach einer längeren Auseinandersetzung über die Chancen der Annahme eines solchen Vorschlags schließt das citirte Blatt wie folgt: „Wir können für den Augenblick nur das als feststehend ansehen, daß Portugal nur wenig vortheilhaftere, aber sehr viele unvortheilhaftere Methoden finden könnte, um seine finanziellen Verlegenheiten zu beseitigen.“

Zu den Judenverfolgungen auf Corfu

wird dem Konstantinopeler Correspondenten der „Röln. Ztg.“, von erster diplomatischer Stelle das Schreiben eines hochgestellten Corfioten zugänglich gemacht, wonach fortgesetzt noch Furcht und Schrecken alle Bewohner Corfus ergriffen halte. Alle israelitischen Familien gehen mit der

Absicht um, sofort oder demnächst die Insel zu verlassen. Die griechische Regierung ergriß zwar verschiedene wirksame Maßregeln zur Vertheidigung der Juden, kann jedoch die Bevölkerung nicht zwingen, ihre Gefühle für die Juden zu ändern. Die Athensische und die Provinzialpresse feuern ebenfalls zum Haß gegen die Juden an; die Einflüsterungen der Fanatiker üben verberberliche Wirkungen auf den erregten Pöbel aus.

Ein französisch-türkischer Zwischenfall.

Die religiösen Streitigkeiten in Palästina haben zu einem französisch-türkischen Zwischenfall geführt. In Folge eines Ende Mai zwischen den Franziskanern und den Geistlichen der griechischen Kirche wegen unberechtigten Gebrauchs der Thür der Nativitätskirche zu Bethlehem entstandenen Streites, wobei beiderseits zahlreiche Verwundungen vorgekommen sind, richtete der französische Botschafter, Graf v. Montebello, eine Note an die Pforte, worin er beklagte, daß die Pforte die Griechen den Lateinern gegenüber stets begünstige und strengste Untersuchung, sowie Bestrafung der Schuldigen verlangte.

Die blutigen Vorgänge auf Hantzi.

Aus Hantzi vom 31. Mai eingelaufene Berichte geben von den dortigen Vorgängen folgende Darstellung: General Hippolyte ließ 80 Personen unter dem Verdachte der Theilnahme an einem revolutionären Complot verhaften. Es verbreitete sich das Gerücht, der Präsident beabsichtigte eine Salting Mitrailleuse gegen das Gefängniß richten und die 80 Gefangenen tödten zu lassen. Die Freunde der letzteren begaben sich in Folge dessen ins Gefängniß, um dieselben zu befreien. Der Versuch mißglückte. Hierauf begab sich ein Blutbad, dessen erstes Opfer ein angesehener Kaufmann, Namens Rigaud, war.

Die Fremdenhetze in China.

die wieder einmal an mehreren Stellen ausgebrochen ist und, wie gemeldet, neuerdings namentlich die französische Mission schwer geschädigt hat, hat bereits zu einer energischen diplomatischen Action geführt. Einem Telegramm des „Standard“ aus Shanghai zufolge haben die Gesandten Frankreichs und der Vereinigten Staaten die Aufforderung an die chinesische Regierung gerichtet, den Vertretern ihrer Staaten einen wirksamen Schutz beizugeben.

Chilenische Proclamationen.

Die feindlichen Parteien in Chile bekriegen sich nicht nur mit Pulver und Blei, sondern auch, was freilich harmloser ist, mit Proclamationen. Einer Meldung aus Arica vom 7. Juni zufolge hat die Congresspartei neuerdings das nachstehende Manifest veröffentlicht: „Der Executiv-Ausschuß von Chile an das Publikum im Ausland. Dictator Balmaceda, durch den Congress seines Amtes als Präsident enthoben, hat eine Verfügung veröffentlicht, welche es seinem Ermessen anheimstellt, das im Nationalcasch als Garantie für das im Umlauf befindliche Papiergeld deponirte Metallgeld nach Europa zu entsenden.“





